



MARK HAVENS

FOTO-TABLEAU

«Doo-Wop»-Hotels in New Jersey 5/5

Sehr bewusst hat Mark Havens die «Hors-saison»-Zeit für seine fotografischen Streifzüge durch die Strandhotels in den Wildwoods von New Jersey gewählt. Es ging ihm darum, den besonderen Charakter ihrer Architektur einzufangen. «Google», «Doo-Wop» oder «Populuxe» wurde hier der nach Mitte des 20. Jahrhunderts entstandene Stil genannt: Auch Gäste mit schmalerem Portemonnaie sollten in solchen Hotels lässige Weltläufigkeit atmen können. Die leeren Terrassen und verwaisten Fassaden lassen nicht nur gestalterische Elemente der Bauten klar und unverstellt sichtbar werden; die Atmosphäre von stillstehender, aber mit Erwartung aufgeladener Zeit korrespondiert auch mit Havens' Hoffnung, dass diesem bedrohten baulichen Erbe noch eine lange Zukunft beschieden sein möge.

Terrorismusabwehr

Politik und Krieg

Gastkommentar
von THOMAS MAISSEN

Vom Staatspräsidenten über Philosophen bis zu Stammischstrategen haben viele verkündet, Frankreich befinde sich im Krieg und werde die Terroristen vernichten. Nicolas Sarkozy meinte gar, man müsse einen «totalen Krieg» gegen die Barbaren des Daesh führen. Wie in Frankreich üblich verwendete er das pejorative arabische Akronym Daesh statt das im Deutschen und Englischen übliche IS, damit nicht eine Terrororganisation zum (Islamischen) «Staat» aufgewertet werde. Wenn aber das Völkerrechtssubjekt Frankreich «Krieg» führt, anerkennt es damit nicht sein Gegenüber, mit seiner «jihadistischen Armee» (Hollande), als Staat? Dafür spricht auch die französische Berufung auf Art. 42, Abs. 7 des EU-Vertrags, nämlich Hilfe «im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet»; obwohl mit Art. 222 explizit Hilfe bei einem Terroranschlag angefordert werden könnte. Lädt Frankreich damit nicht zuletzt die Schweiz ein, sich im Kampf gegen Massenmörder neutral zu erklären, also etwa die Rechtshilfe vorzuenthalten, sollte es sich um einen zwischenstaatlichen Konflikt handeln?

Was tun Regierungen, wenn sie von Krieg reden, obwohl es auch «Anti-Terror-Einsätze» sein könnten? Die Verantwortlichen wollen prompte und unbedingte Handlungsbereitschaft beweisen. Was eine interne Gefahr ist, wird externalisiert: Krieg führt man gegen äussere Feinde, und die inneren Feinde werden zu deren Handlangern. Die Attentäter des 13. November waren Franzosen und Belgier. Man kann nicht Saint-Denis und Molenbeek bombardieren, wohl aber Syrien und im Irak, wo man über das Verhältnis von Opfern unter der Zivilbevölkerung und Kämpfern des IS keine Rechenschaft ablegen muss.

Ein Krieg unterscheidet sich von einem Polizeieinsatz oder einer Militäroperation dadurch, dass Opfer unter der Zivilbevölkerung in Kauf genommen werden: Der Euphemismus «Kollateralschaden» rechtfertigt sich durch das Ziel, den Feind zu besiegen oder eben auszumerzen. Dasselbe liegt nahe, wenn vom «Krieg gegen den Terrorismus» die Rede ist statt von der Verfolgung bestimmter Terroristen. Der Kampf für und gegen abstrakte Prinzipien – Faschismus, Kommunismus, Imperialismus – hat im ideologischen Zeitalter so viel Unrecht produziert und legitimiert, dass wir heute stutzen sollten, sobald ein «-ismus» auftaucht. Staatsanwälte und Polizisten benennen ihre Feinde einzeln, wie sich das für den Rechtsstaat gehört. Im Krieg ist das weder möglich noch nötig: Not kennt kein Gebot. Terroristen können verhaftet oder erschossen werden, und im Allgemeinen sind die Sicherheitskräfte darin erstaunlich erfolgreich; allerdings oft leider erst nach der Tat, wie bei

anderen Verbrechen auch. Illusorisch wäre allerdings die Hoffnung, dass ein Krieg den Terrorismus als solchen besiegen würde. Er gehört zur Moderne, wie seine Voraussetzungen: Öffentlichkeit und Massenmedien, soziale Ungleichheit und Individualismus, Nationalismus und Glaube an die menschliche Gestaltbarkeit von Staat und Gesellschaft. Das bedeutet nicht, dass man Terrorismus fatalistisch hinnehmen muss. Terroristen gehören mit allen Mitteln bekämpft, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen. Aber Augenmass bleibt gefordert: In Westeuropa leben wir in der sichersten Gesellschaft der Weltgeschichte. Auf hunderttausend Franzosen stirbt jährlich einer an einem Gewaltverbrechen. Wenn es in den USA viermal mehr sind und in Südafrika dreissigmal mehr, so hat das nichts mit Terrorismus zu tun. Vor allem aber ist die «homicide rate» historisch betrachtet enorm zurückgegangen: In England lag sie im 15. Jahrhundert bei jährlich über 70 Ermordeten pro hunderttausend Einwohner, um 1850 noch immer bei 15, jetzt ebenfalls bei 1.

Statistiken trösten keine Hinterbliebenen. Aber sie zeigen, dass wir die Gewalttätigkeit, wie sie vor allem für junge Männer bezeichnend ist, relativ gut im Griff haben; dank Polizei und Gerichten, nicht dank Armeen. 130 Ermordete rechtfertigen noch keinen Krieg. Nicht zuletzt sollten demokratisch gewählte Politiker bedenken, dass unsere heutigen risikoscheuen Gesellschaften nicht nur auf Attentate sensibel reagieren, sondern erst recht auf Kriege: Militärische Opfer und ihre Angehörigen sind ebenfalls Wähler. Die politischen Opfer des Irakkriegs heissen Mariano Rajoy, Tony Blair und George W. Bush, der als einer der unpopulärsten amerikanischen Präsidenten je gilt. Deshalb wollen wir keinen richtigen Krieg führen. Westliche Soldaten sollen nicht sterben, also nicht am Boden kämpfen; das mögen allenfalls Kurden, Schiiten und Alawiten tun. Wir wollen unheroisch und mit geringem Risiko, mit Drohnen und Bomben, die Hintermänner der Terroristen jagen, und das Wort «Krieg» legitimiert dieses Vorgehen. Im Vergleich zu Euphemismen wie «bewaffneter Konflikt» ist «Krieg» insofern ehrlich und realistisch, als Frankreich wie die USA schon seit 2014 IS-Ziele im Irak und seit diesem Herbst auch in Syrien bombardiert. Der IS und seine Anhänger nehmen das als Krieg wahr und haben ihre Attentate auch so legitimiert.

Wollen wir ihnen darin recht geben, indem wir ebenfalls von Krieg reden, weil wir uns verletzlich fühlen gegen Terroristen, die aus unserer okzidentalen Mitte heraus Unschuldige massakrieren? Und sie womöglich als Kriegsgefangene behandeln müssen statt als mörderische Verbrecher?

Thomas Maissen ist Geschichtspräsident und Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris.

Gemeinsame EU-Verteidigungspolitik

Europa duckt sich weg

Gastkommentar
von DANIEL KEOHANE

Frankreich reagierte auf die Terroranschläge in Paris vom 13. November mit intensivierten Luftangriffen gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak. Frankreich war bereits in den letzten Jahren das europäische Land, das islamistische Terroristen in Mali, im Irak und in Syrien am aktivsten bekämpfte. Vergangene Woche ersuchte Paris die anderen EU-Regierungen darum, sich stärker an der militärischen Bürde zu beteiligen, durch Angriffe auf den IS oder durch eine Entlastung der französischen Streitkräfte, zum Beispiel in EU- bzw. Uno-Operationen in Mali oder in Libanon. Die bisherigen Antworten der EU-Regierungen verraten jedoch drei grundlegende Meinungsverschiedenheiten zu europäischer Verteidigung.

Erstens gibt es in den europäischen Hauptstädten unterschiedliche politische Prioritäten, darunter den Umgang mit dem Flüchtlingsstrom und die Stabilisierung der Euro-Zone. Vor den Pariser Terroranschlägen waren viele EU-Länder skeptisch gegenüber Militärinterventionen im Ausland – und nicht alle fühlten sich wohl beim Gedanken daran, einen «Krieg» gegen Jihadisten zu führen. Das ist aufgrund der zwiespältigen Erfahrungen in Afghanistan, im Irak und in Libyen seit 2001 verständlich. Ferner stehen heute infolge der Wirtschaftskrise für Auslandmissionen weniger Ressourcen bereit. Die Verteidigungsbudgets der EU-Mitglieder sind zwischen 2006 und 2013 um rund 15 Prozent geschrumpft; die Zahl der von EU-Regierungen ins Ausland entsandten Soldaten sank im selben Zeitraum von 83 000 auf 58 000 Mann.

Zweitens mangelt es Brüssel an einem strategischen Konsens. Einige Regierungen konzentrieren sich mehr auf Territorialverteidigung, andere auf Auslandmissionen. Nur Frankreich und Grossbritannien können derzeit unmittelbar beide Aufgaben erfüllen, und selbst sie leiden unter reduzierten Ressourcen. Die russische Invasion der Ostukraine von 2014 verstärkte diese Spaltung, indem die Nato die Bündnisverteidigung wieder zu ihrer Kernaufgabe machte.

Für die EU-Verteidigungspolitik bleiben die Auslandmissionen hingegen ihr Lebenselixier, denn sie sind ein Teil der gemeinsamen Aussenpolitik, wohingegen die Verteidigung des EU-Territoriums nach aussen keine Rolle spielt. Zu dieser funktionalen Spaltung kommt ein tiefer geografischer Graben zwischen jenen Mitgliedsstaaten, die sich auf die Herausforderung von Putins Russland konzentrieren, und jenen, die die Bedrohungen aus dem Nahen Osten und Nordafrika für prioritärer halten. Während beispielsweise in der 57-seitigen polnischen Nationalen Sicherheitsstrategie (2014) der Nahe Osten nur in einem Halb-

satz erwähnt wird, identifiziert das neue italienische Verteidigungswissensbuch (2015) die Mittelmeerregion als eine Priorität.

Drittens bestehen grosse Differenzen unter den «Grossen Drei», Frankreich, Deutschland und Grossbritannien, die für rund zwei Drittel der EU-Verteidigungsausgaben verantwortlich sind. Vereinfacht gesagt, widerstrebt es Deutschland, robuste militärische Gewalt im Ausland anzuwenden; Grossbritannien zaudert, militärisch im EU-Rahmen zu handeln; und Frankreich steckt in der Mitte. Wenn auch Deutschland sich nicht an den Luftangriffen gegen den IS beteiligen will, so plant es nun immerhin, Frankreich mit Aufklärungsflügen zu unterstützen und zugleich seine Präsenz in Mali auszubauen. Grossbritannien könnte sich an der Bombardierung des IS in Syrien beteiligen, es macht dies bereits im Irak. Aber London wird sich nicht stark an EU-Militäroperationen beteiligen. Der britische Premier David Cameron möchte im Vorfeld des Referendums über die britische EU-Mitgliedschaft jeden Eindruck vermeiden, er befürworte eine europäische Armee.

Ein wachsendes Gefühl von mangelnder Solidarität unter den EU-Regierungen verkompliziert die Ausgangslage, und jeder der Grossen Drei fühlt sich bei einem Kernthema relativ isoliert: Grossbritannien bei seinen Mitgliedschaftsverhandlungen; Deutschland im Umgang mit dem Flüchtlingsstrom; und nun auch Frankreich beim Kampf gegen die islamistischen Terroristen. Aus diesen drei Gründen kann keine gemeinsame militärische Antwort Brüssels im Kampf gegen den IS erwartet werden. Es erscheint auch unwahrscheinlich, dass mehr militärische Ressourcen in EU- oder Uno-Operationen gesteckt werden. Zudem hängt auch die Nato von derselben Unwilligkeit und Unfähigkeit ihrer Mitglieder zu handeln ab: 22 EU-Länder sind auch Mitglieder der Atlantischen Allianz. Eine schwache EU-Verteidigungspolitik bedeutet eine schwächere Nato.

So ist es damals nicht gedacht gewesen, als die gemeinsame Verteidigungspolitik 1999 offiziell ins Leben gerufen wurde. Die Idee war es vielmehr, dass die Europäer ihre Streitkräfte militärisch aufwerten, um wenn nötig auch ohne amerikanische Hilfe handeln zu können. Damals konnten die 15 Mitgliedstaaten nur rund 7 bis 8 Prozent ihrer Streitkräfte ins Ausland senden. Traurigerweise gilt das gleiche Verhältnis für die heutigen 28 EU-Länder. Wenn die Kombination aus einem revisionistischen Russland, dem Pulverfass Naher Osten und amerikanischer Ambivalenz zusammen mit den Angriffen in Paris die EU-Regierungen nicht dazu ermutigt, sich zu engerer europäischer Militärkooperation zu verpflichten, was dann?

Daniel Keohane ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich.